



Editorial

Voraussichtlich stimmt am 18. September der deutsche Souverän über die Zusammensetzung des Parlaments und damit auch über die nächste Regierung unseres Landes ab. Im heraufziehenden (Vor-) Wahlkampf fehlen konkrete Antworten auf zentrale wirtschaftspolitische Fragen: Wie soll das Sozialsystem künftig gestaltet und finanziert werden? Welches Steuersystem macht Deutschland im globalen Kontext wettbewerbsfähig? Wie sind die Aufgaben zwischen den drei staatlichen Ebenen – Bund, Länder und Gemeinden – so zu verteilen, daß verantwortliche Wirtschaftspolitik möglich wird und die neuen Länder nicht langfristig zu Kostgängern des Gesamtstaats werden? Wie können Freiräume für private Initiative verbreitert werden? Wie ist das Bildungssystem als anerkannter Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung zu gestalten. Gemeinplätze herrschen vor! Das ist vor allem für Ostdeutschland, dem das besondere wirtschaftspolitische Augenmerk des IWH als unparteiischem Wirtschaftsforschungsinstitut gilt, bedrohlich.

In diesem Heft wirbt das IWH für eine ordnungsökonomische Diskussion und darauf aufbauende Maßnahmen, um dem wirtschaftlichen Aufschwung neue Dynamik zu geben. Primär geht es um die neuen Länder, aber grundsätzlich um das gesamte Land. Eine Vielzahl gesamtdeutscher Regelungen wirkt nämlich in den neuen Ländern, die von einer selbsttragenden Wirtschaft weit entfernt sind, besonders nachteilig: das Steuer- und Abgabesystem, das wirtschaftliche Initiative belastet; eine Regulierungsdichte, die vor allem den Mittelstand erstickt; schließlich auch vermehrt eine altersstrukturbedingte Verschiebung von politischen Mehrheiten, wodurch die Gewichtung sozialer Aspekte zunimmt, gegen die die Interessen der jüngeren Generation faktisch zurücktreten.

Die institutionellen Gegebenheiten gehören auf den Prüfstand. Welche Dynamik in unserem Land möglich ist, wissen wir aus historischer Erfahrung. Die Dynamik der Weltwirtschaft erkennen wir an manchen unserer osteuropäischen Nachbarn oder an Asiens großen und kleinen Tigern. Unsere zunehmende ökonomische Schwäche zerstört wirtschafts- und sozialpolitische Optionen und – vor allem international – politisches Gewicht. Es sind insbesondere die Anreize, die Menschen dazu bringen, etwas zu unternehmen, und die zugehörigen Rahmenbedingungen, die viel stärker in die Diskussion einbezogen werden müssen. Dazu zählt auch, daß in einer Welt, in der die Halbwertszeit des Erlernten ständig sinkt, zeitloses Wissen immer wichtiger wird. Wir müssen erkennen, daß die marktwirtschaftliche Ordnung ihre Effizienz Voraussetzungen verdankt, die sie nur unter Schwierigkeiten selbst bereitstellt – und genau hier wird Politik, vor allem Bildungspolitik äußerst wichtig. Sie zugunsten sozialer Durchhaltestrategien auszudünnen, ist politisch phantasielos und ökonomisch gefährlich. Durch Bildung entstehen Werte, durch Ausbildung ermöglichen wir die Verwertung im ökonomischen Sinne. Diese Balance ist täglich neu zu finden – trotz schwacher Binnennachfrage und der Ebbe in den Sozialkassen. Die Wähler haben einen Anspruch, frühzeitig präzise Vorstellungen der Parteien zu erfahren.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*